

(Präsident Schmidt)

(A) möchte ich noch bekanntgeben, daß die laufende Nr. 6 unserer heutigen Tagesordnung, nämlich der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -, nach diesen Abstimmungen vorgezogen werden soll. Ist das im Hause einvernehmliche Meinung? - Danke sehr. Dann verfahren wir so.

Wir stimmen dann zunächst über den Einzelplan 07 ab. Ich lasse über den Einzelplan 07 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/807** abstimmen. Wer ist für die Beschlußempfehlung und damit für den Einzelplan 07? - SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? - Die CDU. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der **Einzelplan 07** mit den Stimmen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion in zweiter Lesung **angenommen**.

Ich rufe dann die Abstimmung zum Einzelplan 08 auf, und zwar zunächst den Änderungsantrag der CDU-Fraktion unter der laufenden Nr. 1 in Drucksache 12/821 betr. Kapitel 08 081 und Kapitel 08 084, "Förderung des Schienengutverkehrs der nicht-bundeseigenen Eisenbahnen" sowie "Fortführung des Landesstraßenbaus". Wer ist für diesen Änderungsantrag der CDU-Fraktion? - Das ist die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN **abgelehnt**.

(B) Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die Abstimmung über den **Einzelplan 08** auf, und zwar entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/808**.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat gemäß § 53 unserer Geschäftsordnung hierzu eine **namentliche Abstimmung** beantragt.

Nach Absatz 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit "Ja" oder "Nein" zu antworten oder zu erklären, daß sie sich der Stimme enthalten. Ich bitte meine Kollegin Frau Keller, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, gibt es Kolleginnen und Kollegen, die im Laufe des Abstimmungsverfahrens und nachdem ihr Name aufgerufen wurde, noch in den Saal gekommen sind? - Herr Frey.

(Hans Frey [SPD]: Ja.)

- Herr Frey stimmt mit Ja. - Herr Grevener.

(Walter Grevener [SPD]: Ja.)

- Herr Grevener stimmt mit Ja. - Noch jemand? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Ich bitte auszuzählen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 08 bekannt: Mit Ja stimmten 115 Abgeordnete, mit Nein 87 Abgeordnete, 11 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der **Einzelplan 08** mit Stimmenmehrheit in **zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD] begibt sich zu Minister Wolfgang Clement und beglückwünscht diesen mit Handschlag. - Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben uns darauf verständigt, daß Nummer 6 unserer Haushaltsplanberatungen - Einzelplan 02, Ministerpräsident und Staatskanzlei - vorgezogen wird. Ich rufe also auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/802.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Lothar Hegemann das Wort. - Der Ministerpräsident ist unterwegs, er kommt sofort.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Staatskanzlei ist natürlich die Schmiede so mancher Gedanken, die in letzter Zeit hier verbreitet wurden. Sie ist die Politikschmiede dieser Landesregierung. Da gäbe es viel zu diskutieren.

Haushaltsmäßig bietet sie allerdings nur wenige Einzelpositionen. Ein Bereich - die Flüchtlingspolitik - wird gleich von meiner Kollegin Ilka Keller angesprochen. Ich möchte mich in meinem kurzen Beitrag auf zwei bis drei Dinge beschränken.

Erstens zum Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. - Wir haben seit einigen Jahren hier

(C)

(D)

(Hegemann [CDU])

- (A) eine Einrichtung, von der wir meinen, daß an ihr Wissenschaft an falscher Stelle betrieben wird. Wissenschaft soll dort stattfinden, wo sie klassischerweise hingehört: an die Hochschulen unseres Landes. Die Mittel, die hier ausgewiesen sind, täten woanders sehr gut.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Was uns ausgesprochen mißfällt, ist nicht einmal die absolute Größenordnung, wie das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen gefördert wird; Sie wissen, meine Damen und Herren, es besteht aus vier Instituten: dem Institut "Arbeit und Technik", dem Kulturwissenschaftlichen Institut, dem Wuppertal-Institut. Es ist die Größenordnung, die diese Förderung mittlerweile angenommen hat. Die Förderung hat sich in den letzten neun Jahren - über den Daumen - verfünffacht. Welche Hochschule könnte dies sagen, meine Damen und Herren!

Darunter haben wir so delikate Institute wie das Wuppertal-Institut. - Herr Clement hat verständlicherweise jetzt eine Pause verdient. Aber das ist genau das Institut, das jetzt beauftragt wird, einen "Diskurs zur Gentechnologie" in Nordrhein-Westfalen durchzuführen, eines dieser Räppelchen, von denen mein Kollege Arentz an anderer Stelle gesprochen hat.

(B)

(Reinhold Trinius [SPD]: Das ist doch kein Räppelchen!)

Im Haushalt war nichts veranschlagt; aber während der Haushaltsberatungen kommen GRÜNE und SPD auf die Idee, daß man hier noch ein Symposium für 300 000 DM veranstalten muß, um dann sagen zu können: Wir haben uns ja ernsthaft mit der Gentechnologie befaßt. - Nein, meine Damen und Herren, die Gentechnologie in Nordrhein-Westfalen wird stiefmütterlich behandelt. Sie wird aus diesem Land verdrängt. Sie wollen sie nicht, Sie wollen die Forschung nicht, Sie wollen die Anwendung nicht und wundern sich dann, daß Arbeitsplätze in den USA und Japan entstehen. Aber Sie setzen 300 000 DM für ein Institut ein, von dem wir von vornherein wissen, welches Ergebnis es präsentiert: so ähnlich wie bei der DüBoDo, von Bochum und den GRÜNEN in Auftrag gegeben. Wir wissen, wie dieses Institut arbeitet.

Meine Damen und Herren, hier setzt die CDU andere Schwerpunkte. Wir lehnen diesen Teil des Haushalts ab.

Ich möchte noch eine andere Facette ansprechen: nicht die Filmförderung in Nordrhein-Westfalen als solche, sondern die Tatsache, daß der Bürger verpflichtet ist, über seine Rundfunkgebühren einen Anteil an die Landesrundfunkanstalten zu geben, und daß es hier einen Automatismus gibt.

(C)

In diesem Jahr wird zum Beispiel die Filmförderung um 4 Millionen DM erhöht. Alle Positionen in Nordrhein-Westfalen sind auf den Prüfstand gestellt worden; sie hätten zumindest darauf gehört. Viele Einrichtungen strecken sich nach der Decke. Viele Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege in anderen Bereichen wären froh, wenn sie den Haushaltsansatz des Vorjahres erhalten könnten. Hier aber werden ungeprüft 4 Millionen DM mehr draufgelegt, und der Rundfunkteilnehmer muß das bezahlen. Wir sind nicht bereit, diesen Titel mitzutragen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das ist doch umgekehrt! Erst beschließt der WDR!)

- Sie können das gleich klarstellen, Herr Trinius. Das ist wahrscheinlich das, was auch Sie nicht verstanden haben.

Ich möchte eine weitere Anmerkung machen. - Auch in schwierigen Zeiten muß es möglich sein, ein Jubiläum unseres Landes zu feiern. Ich bin sehr dafür, daß wir diesen Anlaß begehen. Er steht mit 3 Millionen DM im Haushalt des Ministerpräsidenten. Ich warne aber davor, jetzt eine solche Jubelveranstaltung durchzuführen, daß wir unter Umständen noch einen Nachtragshaushalt brauchen. Meine Damen und Herren, schon die alten Griechen haben gesagt: Brot und Spiele. - Aber, bitte schön, in dieser Reihenfolge!

(D)

(Reinhold Trinius [SPD]: Das war Rom!)

Deshalb sage ich: Es gibt Wichtigeres. Wir sollen feiern, aber nicht unmäßig.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Hegemann. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Grätz das Wort. - Bitte schön.

(Lothar Hegemann [CDU]: Ich nehme das zurück: Es waren die Römer! - Heiterkeit - Gegenruf des Reinhold Trinius [SPD])

Reinhard Grätz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann sagen: Alle Jahre wieder. Herr Kollege Hegemann, es sind immer wie-

(Grätz [SPD])

- (A) der dieselben Punkte; man kann die Argumente austauschen.

Es geht um die Filmstiftung. Es ging auch wieder in der Diskussion des Ausschusses - und auch in Ihren Anträgen - um die Öffentlichkeitsarbeit. Es geht um den Stellenplan. Die wenigsten wissen, daß die Landesregierung in jedem Jahr - diesmal wurde es nicht angefordert - sehr gut belegen kann, daß die Staatskanzlei im Ländervergleich geradezu kärglich ausgestattet ist. Dies ist die Wahrheit. Man kann es in den Belegen der vergangenen Jahre nachlesen.

Ich sage Ihnen: Ich bin persönlich der Meinung, daß wir insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit für das Land Nordrhein-Westfalen zuwenig tun. Ich meine, wir tun auch deswegen zuwenig, weil der Ministerpräsident eigentlich unser bester Werbeträger ist, den wir haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie alle wissen das, meine Damen und Herren. Wenn man außerhalb Nordrhein-Westfalens ist und sich gewissermaßen als Nordrhein-Westfale outet, dann kommt spätestens nach drei, vier Sätzen die Rede auf Johannes Rau, und die ist ausschließlich positiv.

- (B) (Zuruf von der CDU: Das ist ein Verfallsdatum! Lothar Hegemann [CDU]: Nur bei AWO-Reisen!)

- Mit der AWO zu verreisen täte Ihnen auch einmal ganz gut. Dadurch würde sich Ihr Gesichtswinkel ein wenig erweitern. - Aber dies ist überall so, wo man außerhalb des Landes auf Nordrhein-Westfalen zu sprechen kommt. Ich gebe gern zu: Gelegentlich - ein paar Sätze weiter nach dem Ministerpräsidenten - kommt man auch auf die GRÜNEN, und dann gibt es ein bißchen Trauer bei den Gesprächspartnern außerhalb des Landes. Gleichwohl sage ich dann immer: Die Leidenschaft der Sozialdemokraten ist viel größer, als man es außerhalb unseres Landes annimmt.

Meine Damen und Herren, jetzt aber zurück zum eigentlichen Haushalt, zum Haushalt der Staatskanzlei. Er setzt einige Akzente, die Sie ja zum Teil schon angesprochen haben, Herr Hegemann.

Da ist einmal der Akzent in der Eine-Welt-Politik. Ich will das hier nicht darlegen - wir haben eine Verkürzung der Rederunden vereinbart -; es ist sehr ausführlich in der Drucksache 12/802 nachzulesen. Das sind die Projekte in mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern, die beispielhaft waren und die fortgeführt werden. Das sind auch die

Projekte im Nahen Osten. Ich glaube, heute, gerade aufgrund der Ereignisse in den letzten Wochen und Monaten, kann jedermann sagen: Das waren wichtige Bausteine in einer Politik, die in dieser Region dem Frieden dient. Das waren und sind andere Projekte, die sich im Haushalt niederschlagen. Ich nenne beispielhaft die Stiftung für die Pflegeschule in Timișoara. Das ist gewissermaßen ein Schlußstein einer beispielhaften Hilfspolitik, die in Rumänien geleistet worden ist. (C)

Man könnte anderes hinzufügen, einschließlich der von Ihnen beklagten Höhe anlässlich des 50-Jahr-Festes Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, daß wir diesem wichtigen Ereignis, dieser wichtigen Jahreszahl auch einen finanziellen Tribut zollen müssen. Die Unterstellungen, die Sie eben ausgesprochen haben, werden durch Beispiele aus der Vergangenheit in keiner Weise belegt. Ich selbst bin überzeugt, daß dieses Fest ein weiterer Beitrag ist, um das Bindestrichland Nordrhein-Westfalen noch enger zusammenzuführen.

Ich will noch ein Wort zur Flüchtlingspolitik sagen, die uns ja in diesem Haushalt über Jahre begleitet hat. In der Tat: Das vielbesprochene Modell Skopje - heute haben Sie es nicht angesprochen - konnte nicht uneingeschränkt gelingen. Das ist so. Nur, die gemachten Erfahrungen mit diesem Projekt sind außerordentlich wichtig. Ich meine, wir sind auch in der Zukunft gefordert, Modelle wie dieses - dabei handelte es sich ja um einen kleinen Ansatz - zur Steuerung der Wanderungsbewegungen von Arm nach Reich zu entwickeln. Es ist ja offenkundig, daß die, die eigentlich für diese Arbeit internationaler Art zuständig wären, nämlich die Bundesregierung, auf diesem Felde bisher überhaupt keinen Beitrag geleistet haben. (D)

(Lothar Hegemann [CDU]: Überhaupt keinen? Lächerlich!)

Ich komme dann, Herr Hegemann, zu Ihren Kürzungsanträgen bezüglich der Institute. Ich finde es enttäuschend, ja völlig unverständlich, was Sie beantragen. Wir haben ja beantragt, daß wir uns im Ausschuß erst einmal gründlich mit den Instituten beschäftigen. Das kann man angesichts der gedrängten Haushaltsberatung nicht nebenbei. Ich glaube, dabei wäre deutlich geworden, welcher hohen Nutzen diese Institute bisher schon im Lande gehabt haben. Und gerade Ihr 3-Millionen-Kürzungsantrag beim Klimainstitut zeigt, daß dieses Institut, das ja schon sehr viel Projektmittel einwirbt, zusätzlich bestraft werden soll, weil es soviel einwirbt.

(Grätz [SPD])

- (A) Wir wissen - Sie haben es angesprochen -: Das Wuppertal-Institut fordert manchmal zur kritischen Diskussion heraus. Ich sage: Gut so! Das kann nicht anders sein. Wir Sozialdemokraten tun uns nicht schwer, uns an einer solchen kritischen Diskussion zu beteiligen und uns damit auseinanderzusetzen - nicht nur deshalb, weil wir ja ohnehin seit eh und je für die Wissenschaftsfreiheit in unserem Lande eintreten. Das läßt sich vielfach belegen und muß ebenso am Beispiel dieser Institute geübt werden, auch dann, wenn sie hier und da etwas veröffentlichen, was einem nicht so schmeckt oder wo man sich schwertut, sich damit auseinanderzusetzen.

Die Koalitionsfraktionen haben - ich will das nachrichtlich erwähnen - ja weitere Schwerpunkte gesetzt. Das betrifft einmal die politische Bildung. Das ist ein Signal für die Weiterbildung, an der auch dieser Bereich teilhat. Das betrifft die Medienpolitik. Sie haben diese uralte Diskussion um die ständige und durch Gesetz vorgegebene Erhöhung bei der Filmstiftung wieder angesprochen. Wir haben aber auch einen Akzent bei der kulturellen Filmförderung, beim Filmbüro, gesetzt.

Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine Anmerkung zu einem für mich doch bemerkenswerten Vorgang machen, der für den Föderalismus in Deutschland hoffen läßt. Ich meine den weiteren Einigungsschritt der Ministerpräsidenten zur Novelle des Rundfunkstaatsvertrages vor wenigen Tagen.

- (B) Föderalismus lebt nach meiner Meinung aus zwei gleichwertigen Elementen, zum einen natürlich dem Wettbewerb um bessere Lösungswege zwischen den Teilstaaten unserer Republik und zum andern von der Fähigkeit, um das Eingreifen des Bundes zu vermeiden, konstruktive Kompromisse zu finden. Aus den letzten zehn Jahren kennen wir dazu zwei Beispiele. Das waren die beiden großen Staatsverträge aus dem Jahre 1987 und dem Jahre 1991. Es deutet sich an, daß es zu einem dritten Beispiel eines konstruktiven Kompromisses kommen kann.

Dieser Weg sollte nicht nur um des Rundfunks willen beschritten werden, der insgesamt davon betroffen ist, sondern um der Handlungsfähigkeit der Länder und des Föderalismus willen. Denn der Medienbereich ist nun einmal neben der Bildung der ureigenste Handlungsbereich der Länder. Wenn die Länder dort nicht zu konstruktiven Kompromissen kommen können, wo es notwendig und nötig ist, setzen sie selbst den Föderalismus aufs Spiel.

Dieser Weg sollte nicht nur um des Rundfunks willen beschritten werden, der insgesamt davon betroffen ist, sondern um der Handlungsfähigkeit der Länder und des Föderalismus willen. Denn der Medienbereich ist nun einmal neben der Bildung der ureigenste Handlungsbereich der Länder. Wenn die Länder dort nicht zu konstruktiven Kompromissen kommen können, wo es notwendig und nötig ist, setzen sie selbst den Föderalismus aufs Spiel.

Meine Damen und Herren, zurück zum Haushalt: Diesem Planwerk der Staatskanzlei kann man mit gutem Gewissen zustimmen. Ich behaupte sogar: Man kann ihm mit Nachdruck zustimmen - Schönem Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Kollege Grätz.

Bevor wir mit der Diskussion fortfahren, ist es mir eine besondere Ehre und Freude, auf der Zuschauertribüne den **Israelischen Minister für Tourismus und Bürgermeister von Bethlehem, Herrn Freij, begrüßen** zu können. Herzlich willkommen im Landtag von Nordrhein-Westfalen

(Allgemeiner Beifall)

und auf ein gutes Miteinander zwischen Bethlehem und Köln, Herr Oberbürgermeister Burger.

(Erneut allgemeiner Beifall)

Als nächstes hat Frau Kollegin Koczy das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! "Alle Jahre wieder" hatte Herr Grätz hier gesagt. Auf mich trifft das nicht zu. Im übrigen trifft das auch für diesen Haushalt nicht zu, speziell dann, wenn man sich den Bereich der Eine-Welt-Politik ansieht.

Im Haushalt der Staatskanzlei haben wir eine Reihe von Titeln, die eng mit der Förderung von Eine-Welt-Arbeit verbunden sind. Mit der Einstellung und Erhöhung dieser Ansätze werden hervorragende Grundlagen für diese wichtige Arbeit gelegt, nämlich das Bewußtsein zu stärken, daß wir alle - auch in Nordrhein-Westfalen - in einer Welt leben, für deren Lebensgrundlagen wir alle miteinander verantwortlich sind, und zu vermitteln, daß Veränderungen hier ansetzen müssen, um die Zukunftsprobleme auf unserer Welt zu lösen, zu begreifen, daß die Solidarität mit den Ländern des Südens keine caritative Hilfeleistung reicher Industriestaaten bedeutet, sondern die Grundlage bildet für eine gemeinsame Zukunft der Menschheit auf dieser Erde.

Noch 1996 werden 20 PromotorInnen, finanziert über einen Haushaltsansatz von 1 Million DM, ihre Arbeit aufnehmen und in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit neue Akzente setzen. Dieser

(Koczy [GRÜNE])

- (A) Ansatz brauchte erfreulicherweise nicht verändert zu werden. Sehr bedauert habe ich daher die Haltung der CDU, dem nicht zuzustimmen, sondern diesen Posten rückgängig machen zu wollen. Mir scheint, daß Sie keine Ahnung davon haben, welche Bedeutung sich hinter dieser Position verbirgt. Oder werden die Argumente, die in den Gesprächen mit den Organisationen in diesem Bereich vorgetragen wurden, schlichtweg ignoriert?

Heutzutage werden sowohl im europäischen wie auch im weltweiten Bezug weitergehende Forderungen an Bildung und Erziehung gestellt. "Bildung" zielt auf Lebensorientierung. Dazu gehören in einer enger werdenden Einen Welt Toleranz und Weltoffenheit sowie der Erwerb humaner und sozialer Kompetenz für die Gestaltung des menschlichen Lebens.

In diese Thematik gehören die Auseinandersetzung mit den Lebenschancen für die Menschen in den Ländern des Südens wie auch die Diskussion über den Erhalt der Lebensgrundlagen der künftigen Generationen. Als Daumenregel kann heute gelten: Das Fünftel der Menschen, das in den Industrieländern lebt, verursacht etwa 80 % der Klimaschäden. Auch heute konnte man wieder über das Ozonloch nachlesen, was auch auf uns auf dem europäischen Kontinent zukommt.

- (B) Setzt sich nämlich das Tempo, mit dem sich die knapp 20 Schwellenländer einschließlich China und Indien gegenwärtig industrialisieren, fort, werden die Länder des Südens in wenigen Jahrzehnten zwei Drittel der klimaverändernden Spurengase in die Atmosphäre schicken. Das geht deutlich aus der Studie des BUND und von Misereor zum Thema "Zukunftsfähiges Deutschland" hervor. Diese Studie wurde beim Wuppertaler Institut angelegt.

Herr Hegemann, Sie hatten vorhin die Daten kritisiert, die in der Studie zusammengetragen werden. Falls Sie mit den dort formulierten Schlußfolgerungen nicht einverstanden sind, ist das ein Problem mit Ihrer Zukunftsfähigkeit, nicht aber unbedingt ein Problem des Wuppertaler Instituts. Hier werden kritische Themen angesprochen, Daten zitiert, die gegenwärtig international diskutiert werden. Ich denke, auch die CDU sollte sich bereit erklären, darüber zu diskutieren, statt alles rigoros abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind gefragt, Alternativen zu entwickeln und einzuführen. Denn schließlich ist die industrielle Lebensweise zum Vor- und Leitbild geworden. Da

die Industrieländer bislang Hauptverursacher der Umweltschäden sind, besteht hier meiner Meinung nach auch die größte Verantwortung. Daher muß mit den grundlegenden Veränderungen hier in unserer Gesellschaft angefangen werden. Dazu können die eben bereits erwähnten PromotorInnen einen wichtigen Beitrag leisten. (C)

Natürlich: Ehrenamtlichkeit wird in der Eine-Welt-Politik weiterhin notwendig sein. Aber da sich die sozialen Bedingungen verschlechtern, Mittel zunehmend knapper werden und die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Mitarbeit zur Zeit sinkt, bedarf es neuer Impulse und Innovationen, um die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu verstetigen.

Die Arbeit von Eine-Welt-Gruppen hat sich verändert, bleibt verknüpft mit außereuropäischen Aktivitäten, aber versucht dem bisher vernachlässigten Inlandsbereich mehr Raum zu geben. Es ist ja schließlich auch der Wunsch vieler Gruppen aus Ländern des Südens, daß sich in Europa und daß sich in der Bundesrepublik etwas verändert.

In den Haushaltsberatungen konnten weitere Erhöhungen des Ansatzes für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit - immerhin ein Mehr von 260 000 DM - auf 540 000 DM eingestellt werden, die erfahrungsgemäß schon seit vielen Jahren von vielen entwicklungspolitischen Gruppen und Initiativen in NRW benötigt und abgerufen werden. (D)

Neben diesen an der Basis angesiedelten Aktivitäten wird auf der Landesebene ein Eine-Welt-Beirat eingerichtet - auch neu -, der unter dem Vorsitz des Nord-Süd-Beauftragten aus Eine-Welt- und Umweltinitiativen, Wissenschaftlerinnen und Vertreterinnen aus Wirtschaft und Gesellschaft bestehen soll. Seine zentralen Aufgaben sollen sein, die Position der Eine-Welt-Politik als Querschnittsaufgabe innerhalb der Landesregierung zu verstärken. Hier kann die kleine Position von 8 000 DM auch bei der Aufgabenunterstützung helfen.

Der Zuschuß für den konkreten Friedensdienst konnte ebenfalls um 132 000 DM erhöht und damit auf den alten Ansatz von 660 000 DM zurückgeführt werden. Damit wird dieses Programm weiterhin zahlreichen Jugendlichen Gelegenheit geben, Kulturen und Lebensverhältnisse in den Ländern des Südens kennenzulernen und nach der Rückkehr ihre Erfahrungen weiterzugeben. Gerade die persönlichen, oft tiefgreifenden Erfahrungen, die hier vielen Jugendlichen in einer besonderen Form der Begehungsreise ermöglicht wird, fördern

(Koczy [GRÜNE])

(A) Engagement und Bewußtsein in diesem Bereich. Es ist auch kein Wunder, warum in meinem Büro viele Protestschreiben eintrafen, als von den Kürzungen die Rede war.

Für Maßnahmen für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern konnten 1,1 Millionen DM an Kürzungen zurückgenommen und für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit und für Projekte im Ausland eingesetzt werden. Damit werden Projekte der Nicht-Regierungsorganisationen weiter unterstützt und zum Beispiel auch in der Region Kurdistan/Nordirak fortgeführt. Auch hier wird die Verantwortung Nordrhein-Westfalens in den Ländern des Südens und Osteuropas deutlich.

Bei diesem Haushaltsentwurf ist etwas gelungen, was auf Bundesebene einmalig ist - daran könnte sich der Bund meiner Meinung nach ein Beispiel nehmen -, nämlich die feste Verankerung von lokalen Strukturen, die sich letztendlich einfügen lassen in eine Konzeption auf regionaler und internationaler Ebene. Ich denke, dies ist ein Grund, stolz zu sein auf das, was das Land hier leistet. Ich freue mich auf die weitere Arbeit in diesem Bereich. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur ganz kurze Bemerkungen machen und mich herzlich bedanken für die kritische Begleitung des Einzelplans 02, für den ich besondere Verantwortung trage.

Ich habe mit der Berufung eines Nord-Süd-Beauftragten und mit der Regierungserklärung 1990, in der ich die Entwicklungshilfe an den Anfang gestellt habe, eine Linie einzuschlagen versucht, von der ich glaube, daß sie jetzt eine noch breitere Basis findet. Und ich bin dankbar für das, was zu diesem Feld hier soeben gesagt worden ist.

Ich will gern nach einiger Zeit über die Arbeit der Institute, die jetzt der Staatskanzlei zugeordnet sind, eine Diskussion beginnen. Die ursprüngliche Konzeption des Wissenschaftszentrums war schon so, daß die Ressortierung in einem Hause sinnvoll gewesen wäre. Wir haben das in der ersten Phase nicht geschafft.

Mir liegt daran, daß diese Institute Ergänzungen dessen bieten, was die wissenschaftlichen Hochschulen an Angeboten haben, daß sie aber mit gleicher Freiheit forschen und publizieren können wie unsere wissenschaftlichen Hochschulen. Es wird keinen Versuch der Zensur geben gegenüber dem, was in den Instituten erarbeitet wird.

Ich danke Herrn Kollegen Grätz für das, was er zum Rundfunkstaatsvertrag gesagt hat. Ich hoffe, daß die Einigung von Berlin uns ein Stück weiterbringt und daß wir bald unter allen Ländern auch die noch streitigen Fragen ausgeräumt und positiv entschieden haben. Ich glaube nämlich, daß gerade in der Medienpolitik ein Feld für kooperativen Föderalismus besteht, auf dem wir uns bewähren müssen. Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte mit dem Nebeneinander, manchmal Gegeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk und Fernsehen führt uns in ganz neue Fragestellungen, übrigens auch in Fragestellungen, die die Befürworter eines solchen dualen Systems vor zehn Jahren noch nicht vor Augen hatten. Deshalb glaube ich, daß es sich lohnt, über diese Fragen weiter nachzudenken.

Meine Damen und Herren, der Herr Landtagspräsident hat soeben den Bürgermeister von Bethlehem begrüßt, meinen alten Freund Freij, der gestern in Köln eine Partnerschaft mit der größten Stadt Nordrhein-Westfalens geschlossen hat. Ich habe ein bißchen auf glühenden Kohlen gesessen. Ich bin Ihnen, meine Damen und Herren von allen Fraktionen, dankbar, daß Sie der Umstellung der Tagesordnung zugestimmt haben; denn um 18 Uhr soll in Düsseldorf die einzige jüdische Grundschule, die es in Nordrhein-Westfalen gibt, nach Yitzhak Rabin benannt werden. Ich bin gebeten worden, dort hinzukommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich denke, meine Damen und Herren, daß nichts stärker als der Besuch des Bürgermeisters von Bethlehem und am gleichen Tag die Benennung einer jüdischen Schule nach Yitzhak Rabin deutlich macht, wo die eigentlichen Fragestellungen unserer Zeit liegen und wo wir eigentlich zu Antworten herausgefordert sind. - Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Deshalb schließe ich die Beratung.

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Wir haben **abzustimmen** über den **Einzelplan 02** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/802.

Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Beschlussempfehlung **entsprochen** und der Einzelplan 02 in zweiter Lesung **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung - Drucksache 12/814 - und **eröffne** hiermit die **Beratung**. Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Riscop für die Fraktion der CDU das Wort.

Franz Riscop (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme Stellung zum Einzelplan 14 des Haushalts 1996. Bei der Bekanntgabe des Ministerpräsidenten über die Zusammensetzung der neuen Landesregierung im Sommer 1995 setzten wir gute Hoffnungen auf den Wechsel im Ministerium für Bauen und Wohnen. Dabei halten wir es wie in der vorangegangenen Wahlperiode 1990/95 für den völlig falschen Weg, Städtebau und Wohnungsbau in verschiedenen Ministerien anzusiedeln.

- (B) Wir bleiben dabei: Das ist Aufblähung der bürokratischen Entscheidungen, die wir sowohl im Städtebau wie auch im Wohnungsbau nicht gebrauchen können. Hier wurde die Möglichkeit, dem schlanken Staat etwas näher zu kommen, leichtfertig vertan.

Nach 15jähriger Herrschaft der Sozialdemokraten, die eine unbewegliche und unflexible Haltung in der Wohnungsbaupolitik zeigten, glaubten wir, daß nun mit Minister Dr. Vesper eine neue undogmatische Politik mit besseren Lösungen im Wohnungsbau beginnen würde.

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Jetzt sag' nicht, daß die SPD der Klotz am Bein ist!)

Leider wurden unsere Erwartungen bis heute nicht erfüllt.

Ich möchte dies im folgenden an einigen Beispielen belegen. Die finanzielle Lage in der Bundesre-

publik und in NRW deutet darauf hin, daß es dringend erforderlich ist, auf vielen Gebieten neue Wege zu gehen. Dies gilt insbesondere auch für den Wohnungsbau. Nach wie vor gilt unsere Feststellung von 1990, daß 400 000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen fehlen und 100 000 Wohnungen jährlich gebaut werden müssen.

1996 müssen wir nicht nur diese Zahlen mahnd wiederholen, sondern insbesondere einen Fehlbedarf im Bereich des preiswerten Wohnungsbaus feststellen. Hier ist also Fehlbedarf in einem Bereich vorhanden, für den das Land ureigene Verantwortung trägt.

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Dagegen hilft aber der dritte Förderweg nicht!)

- Darauf komme ich noch. - Die rot-grüne Mehrheit in diesem Hause muß sich endlich von der unseligen Eindrittel-Zweidrittel-Formel abkehren, mit der sie sagt, 100 000 Wohnungen müßten jährlich gebaut werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muß der frei finanzierte Wohnungsbau zwei Drittel übernehmen.

Sie gehen auch 1996 wieder eine Selbstbindung ein, indem Sie sagen, Sie wollen mit dem zur Verfügung stehenden Geld, jedenfalls mit einem Betrag von rund 3 Milliarden DM 30 000 Wohnungen bauen. Das haben Sie so festgelegt. Sie haben das leider trotz negativer Erfahrungen immer wieder verfolgt.

Aus diesem Grunde haben wir in NRW in den zurückliegenden Jahren mit Ausnahme der Jahre 1994 und 1995 eben nicht die Fertigstellung von 100 000 Wohnungen erreicht. Wir sagen Ihnen: Indem Sie einseitig an Förderwegen festgehalten haben, auf denen Sie von anderen Ländern längst überholt worden sind, haben Sie die Situation nicht verändert. Sie haben mit Ihrer Wohnungsbaupolitik vielmehr zu einer Verschärfung der Lage beigetragen. Genau diese Situation hat dazu geführt, daß heute praktisch wieder die Verhältnisse des Jahres 1990 herrschen. Es fehlen 400 000 Wohnungen.

Das Volumen des Wohnungsbauprogramms 1996 wurde als eine der ersten Veröffentlichungen des neuen Ministers von 30 000 Wohneinheiten 1995 um 3 000 auf 27 000 Wohneinheiten 1996 gekürzt. Jetzt im März wurde die Zahl auf 28 000 Wohneinheiten erhöht.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern, in denen bereits im Jahr 1993 ein kräftiger Abbau des Wohnungsdefizits erfolgte, stagniert

(C)

(D)